



Policy Brief



universität
wien

FORBA

Grundlagen und Praxis der Solidarität stärken

Jänner 2020

Projekt:

„Solidarität in Zeiten der Krise. Sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen in Österreich und Ungarn“ (SOCRIS)

Gefördert durch den FWF, Projektnummer I 2698-G27

Institut für Soziologie, Universität Wien
Rooseveltplatz 2
1090 Wien
www.soz.univie.ac.at

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt
Aspernbrückengasse 4/5
1020 Wien
www.forba.at

Projektwebsite:
www.socris-project.com

Vorwort

Zwischen 2016 und 2019 wurden im Rahmen des vom FWF geförderten Projekts „Solidarität in Zeiten der Krise. Sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen in Österreich und Ungarn.“ (SOCRIS; Projektnummer: I 2698-G27) an der Universität Wien in Kooperation mit der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) Gespräche mit unterschiedlichen Menschen in Österreich zum Thema „Solidarität“ geführt. In den Gesprächen ging es um Sozialleistungen, Zuwanderung, soziale Gerechtigkeit, aber auch um die ganz persönlichen Erfolge, Sorgen und Nöte der Menschen. Dabei zeigten sich verschiedenartige Muster, was Motive für Solidarität anbelangt, aber auch wo die Grenzen der Bereitschaft zur Unterstützung anderer gezogen und welche Bedingungen daran geknüpft werden.

Im Rahmen des Workshops „Solidarität in Krisenzeiten“ wurden die Ergebnisse der Untersuchung und daraus abgeleitete Thesen gemeinsam mit VertreterInnen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen diskutiert. Aufbauend auf einer Verknüpfung der Forschungsergebnisse mit dem Wissen und der Erfahrung der VertreterInnen der zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden gemeinsam Ankerpunkte und mögliche Strategien für eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts überlegt.

Der vorliegende Text dokumentiert in komprimierter Form die Forschungsergebnisse sowie zentrale Diskussionspunkte, Schlussfolgerungen und Vorschläge, die im Zuge dieser spannenden Diskussion entwickelt wurden. Er bildet damit einen gemeinsamen Diskussionsprozess ab, an dem zahlreiche unterschiedliche Menschen beteiligt waren, die durch ihre Bereitschaft ihr Wissen und ihre Erfahrungen einzubringen, zur Entstehung dieses Textes beigetragen haben.

Umkämpfte Solidaritäten – Input aus der Forschung

Solidarität war längere Zeit kein modischer Begriff. Erst in den letzten Jahren wird er wieder häufiger verwendet. Dabei hat die Vielfalt an Bedeutungen, die dem Begriff gegeben werden, eher noch zugenommen. Auffallend ist, dass nicht nur die ArbeiterInnenbewegung und christliche Kreise Solidarität einfordern, sondern zunehmend auch die politische Rechte mit Solidarität argumentiert.

In der Untersuchung „Solidarität in Zeiten der Krise“ wurde erhoben, wie sich Veränderungen in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt auf die Vorstellungen, die verschiedenste Menschen in Österreich über den sozialen Zusammenhalt haben, und auf ihre politischen Orientierungen auswirken. Im Einzelnen wurde mit ihnen über ihre Erwerbsarbeit und ihre Familie, über den Sozialstaat und über Migration gesprochen.

Was den Begriff der Solidarität betrifft, nahmen die ForscherInnen nicht an, dass einander solidarische und unsolidarische Haltungen quasi als getrennte Lager gegenüberstehen. Vielmehr gingen sie von einem Kontinuum aus, in dem sich zwar solidarische Haltungen und Handlungen an einem Pol und unsolidarische am anderen finden, aber es auch einen großen Graubereich dazwischen gibt. Ein solches Kontinuum sollte man sich aber nicht als eindimensional vorstellen. Es gilt mehrere Dimensionen zu berücksichtigen:

1. *Identifikation und Zugehörigkeit*: Mit wem identifizieren wir uns? Welcher sozialen Einheit fühlen wir uns zugehörig?
2. *Reichweite der Solidarität*: Wem gebührt unsere Solidarität? Wo werden die Grenzen der Solidargemeinschaft gezogen?
3. *Bedingungen für Solidarität*: Welche Bedingungen werden für eine Aufnahme in die Solidargemeinschaft gestellt?
4. *Gerechtigkeitsvorstellungen*: Welche Gerechtigkeitsprinzipien spielen dabei eine Rolle (Leistungsprinzip, Bedarfsprinzip, Gleichheitsprinzip, Statusprinzip)?
5. *Aktives Engagement*: Bin ich selbst aufgefordert zu handeln oder erwarte ich, dass z.B. staatliche Einrichtungen etwas tun?

„Umkämpfte Solidaritäten“ lautet der Buchtitel einer Veröffentlichung¹ aus dem Forschungsprojekt, weil sich die Auseinandersetzungen über Vorstellungen von Solidarität in der Untersuchung deutlich zeigten. So wird in der Öffentlichkeit darum gerungen, wo die Grenze der Solidargemeinschaft – etwa des Sozialstaates – gezogen werden soll, welche Bedingungen für die Aufnahme und Zugehörigkeit legitimerweise gestellt werden können, welche Gerechtigkeitsprinzipien zur Anwendung kommen sollen und vieles mehr.

Tatsächlich hatten die Befragten sehr unterschiedliche Solidaritätsvorstellungen. Es waren nicht nur die Unterschiede zwischen den Haltungen an den entgegengesetzten Polen der stark ausgeprägten Solidarität einerseits und der mangelnden Solidarität andererseits groß, auch im mittleren Bereich zwischen den Polen fand sich eine große Vielfalt, die mit einer Typenbildung eingefangen werden konnte. Je nach Ausprägung auf den fünf oben genannten Dimensionen und je nach ihren Kombinationen ergeben sich andere Muster der Solidarität. Diese Vielfalt ist politisch höchst relevant, weil je nach aktueller politischer Situation, je nach Rahmung von Themen und je nach politischen Botschaften andere Aspekte in den Vordergrund rücken. Inklusive und ausgrenzende Orientierungen liegen oft weniger weit auseinander, als man vermuten würde.

Für die Diskussion der Ergebnisse mit VertreterInnen der österreichischen Zivilgesellschaft formulierten die ForscherInnen vier Thesen. Die erste These lautete: *„Das Leistungsprinzip steht in vielen Gerechtigkeitsvorstellungen im Vordergrund. Entsprechend wichtig ist es, darauf Einfluss zu nehmen, was in der Gesellschaft als Leistung anerkannt wird, um einer Verengung entgegenzuwirken.“*

Zwar räumen die meisten Befragten dem Leistungsprinzip eine große Bedeutung ein oder folgen einer Leistungsideologie, doch bestehen höchst unterschiedliche Verständnisse darüber, was denn Leistung ist. Das kann der Abwertung und Ausgrenzung nach Leistungsfähigkeit oder nach Lebensstilen Tür und Tor öffnen, kann zur Kritik an Niedriglöhnen und sozialer Ungleichheit beitragen oder zur Forderung führen, es sollten nur diejenigen etwas vom Sozialstaat bekommen, die bereits etwas zu ihm (in Österreich) beigetragen haben. Sogar der politische Slogan: *„Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein“*, kann auf sehr verschiedene Weise verstanden werden.

¹ Altreiter, C., Flecker, J., Papuschel, U., Schindler, S., Schönauer, A. (2019): *Umkämpfte Solidaritäten – Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft*, Promedia Verlag, Wien

Die zweite These hieß: *„Der zunehmenden Beschränkung gesellschaftlicher Anerkennung auf ‚Leistungsfähige‘ und ‚Leistungswillige‘ gilt es durch Einhegung des Leistungsprinzips entgegenzuwirken. Das kann über die Stärkung des Bedarfsprinzips und des Gleichheitsprinzips in den Gerechtigkeitsvorstellungen erfolgen.“*

Dass Geflüchtete oder Langzeitarbeitslose versorgt werden sollen, ist für fast alle Befragten selbstverständlich. Es gibt also auch eine Orientierung am Bedarfsprinzip. In der Not können alle solidarische Unterstützung erwarten. Aber es bestehen sehr unterschiedliche Ansichten darüber, was den Notleidenden konkret zusteht. So scheiden sich an der Frage: Geldleistungen oder Sachleistungen, oft die Geister. Neben dem Leistungs- und dem Bedarfsprinzip wird, wenn auch seltener, auf das Gleichheitsprinzip Bezug genommen. Vor allem aber fällt die große Zustimmung zum Sozialstaat auf, die in der öffentlichen Diskussion noch stärker genutzt werden könnte. Sie bietet auch eine Grundlage dafür, in die Entwicklung des Sozialstaates (zum Beispiel, ob dieser noch stärker aktivierend statt sorgend werden sollte) einzugreifen. Auch gibt das Anlass zu versuchen, das Missverständnis zu beseitigen, dass sich die Solidargemeinschaft des Sozialstaates auf diejenigen beschränkt, die Beiträge eingezahlt haben, und nicht auch auf andere, die Unterstützung brauchen.

Die dritte These war: *„Mit einer stärkeren Betonung der Klassenbeziehungen, sozialen Ungleichheiten und Verteilungsfragen sollen ‚Problemverschiebungen‘ und damit Spaltungen nach Nationalität und Ethnizität sowie Tendenzen des Wohlfahrtschauvinismus gedämpft werden.“*

Mit „Problemverschiebungen“ ist gemeint, dass Befragte unter dem Einfluss rechtspopulistischer Botschaften ihre erlebten Benachteiligungen und teils prekären Lebenslagen nicht auf ihre Klassenlage beziehen, sondern mit der Zuwanderung in Zusammenhang bringen. Ungerechtigkeits Erfahrungen werden also umgelenkt.

Die vierte These lautete: *„Mit den gleichen, oft vagen Botschaften wird erfolgreich an recht unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen mit verschiedenen Mentalitäten und Interessen appelliert. Dies gelingt in ausgrenzenden Diskursen, ist gleichermaßen in fortschrittlicher Absicht möglich.“*

Damit ist gemeint, dass Slogans, wie „Leistung muss sich lohnen“, „die hart Arbeitenden sollen bekommen, was ihnen zusteht“, aus ganz unterschiedlichen Gründen Resonanz finden und sehr verschiedene politische Orientierungen verstärken können. Aus ArbeiterInnen-Sicht können sie im Klassenverhältnis gerahmt werden; sie lassen sich aber auch als Abgrenzung der Privilegierten in der Gesellschaft gegenüber den Benachteiligten verstehen.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern! – Workshop-Ergebnisse

Im Rahmen des Workshops „Solidarität in Krisenzeiten“ wurden die Ergebnisse der Untersuchung und insbesondere die darauf aufbauend formulierten Thesen mit VertreterInnen unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen diskutiert. Zentrale Diskussionspunkte, Schlussfolgerungen und Vorschläge, die im Zuge dieser Diskussion entwickelt wurden, werden im Folgenden dargestellt.

Leistung neu definieren für ein solidarisches Miteinander

Leistung kommt aktuell in Hinblick auf (sozialstaatliche) Solidarität eine ambivalente Bedeutung zu: Einerseits wird der Solidaritätsbegriff verengt, wenn dem Leistungsbegriff ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Andererseits wird davon ausgegangen, dass das Leistungsprinzip sehr stark im Denken der Menschen verankert ist und einen zentralen Orientierungspunkt darstellt, der den Menschen Sicherheit gibt. Daher wird mehrheitlich eine Neudefinition des Leistungsprinzips als grundlegend für ein solidarisches Miteinander angesehen. Zentrale Bedeutung kommt deshalb den Fragen zu, wie Leistung gedeutet wird, was als Leistung anerkannt wird und was notwendig ist, um den Leistungsbegriff neu zu besetzen.

Zwei Punkte erachteten die Workshop-TeilnehmerInnen in diesem Zusammenhang als problematisch: Erstens, dass Leistung aktuell im Wesentlichen mit Erwerbsarbeit verknüpft wird und dadurch Nicht-Erwerbsarbeit, wie beispielsweise Reproduktionsarbeit und Care-Tätigkeiten, aber auch ehrenamtliches soziales Engagement außer Acht gelassen werden und entsprechend immer noch keine Anerkennung erfahren. Zweitens führt die veränderte Deutung des Leistungsbegriffes von Input, also Anstrengung und Bemühung, hin zu Output, also Ergebnis und Erfolg im Bereich der Erwerbsarbeit, zu einer Verschiebung in der Bewertung von Arbeitsleistung und damit verbundener Anerkennung. Dadurch werden Konkurrenz und Gegeneinander gefördert, während Kooperation und Miteinander untergraben bzw. geschwächt werden.

Strategien für eine Neudefinition des Leistungsbegriffs können auf mehreren Ebenen ansetzen:

Den Leistungsbegriff öffnen: Hierbei wird es vor allem als wesentlich angesehen, den Leistungsbegriff von der bloßen Erwerbsarbeit zu lösen und für alle gesellschaftlichen Sphären zu öffnen; den Begriff also weiter aufzumachen, anders zu deuten und positiv zu besetzen.

Orientierung am Gemeinwohl – Leistung, die für alle etwas bringt: Dazu ist es notwendig, Anerkennung nicht am ökonomischen Output zu orientieren, sondern am Beitrag für das Gemeinwohl – welcher Art auch immer. Freude, Vorteil oder positiver Nutzen für die Gesamtheit der Menschen müssen im Vordergrund stehen und die Verengung auf wirtschaftlichen Nutzen ersetzen.

Beitragen und Anerkennung für alle Menschen ermöglichen: Beizutragen soll für alle Menschen ermöglicht und mit Anerkennung verbunden werden. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass alle Menschen gerne etwas beitragen und aktiv gestalten wollen, wenn ihnen die Möglichkeit sowie geeignete Bedingungen dazu gegeben werden. Leistung wird aktuell zwar vielfach erwartet und gefordert, Vielen aber „nicht zugestanden“, indem ihnen gar nicht die Möglichkeit gegeben wird etwas beizutragen, das auch als Beitrag anerkannt und wertgeschätzt wird. Ursachen dafür sind beispielsweise der Ausschluss aus der Erwerbsarbeit und die gleichzeitige Verengung des Leistungsbegriffs auf genau diese Sphäre oder auch die fehlende gesellschaftliche Anerkennung bzw.

sogar Abwertung zahlreicher Tätigkeiten auch im Bereich der Erwerbsarbeit (z.B. Gebäudereinigung u.ä.). Vielfältige Beiträge werden derart nicht als solche anerkannt oder sie sind mit keiner entsprechenden gesellschaftlichen Anerkennung verbunden. Wichtig wäre daher, diese vielfältigen Leistungen als Beiträge sichtbar zu machen und mit gesellschaftlicher Anerkennung zu verbinden sowie auch weitere Möglichkeiten zu schaffen unter guten Bedingungen Beiträge zu leisten.

Leisten mit- und füreinander, anstatt gegeneinander: Um positive Assoziationen an den Leistungsbegriff zu knüpfen, darf dieser nicht neoliberalen Deutungen überlassen werden. Der zentrale Ansatzpunkt ist hier, ein positives Gegenbild zur aktuell vorherrschenden Leistungsideologie zu schaffen. Leistung muss aus der kapitalistischen Verwertungslogik gelöst werden und die Frage: „Was leisten wir *gemeinsam*, als und für die Gemeinschaft?“ in den Mittelpunkt gerückt werden. Kooperationslogiken sollen Konkurrenzlogiken ersetzen. Dafür müssen Rahmenbedingungen und Räume außerhalb der Erwerbsarbeit geschaffen werden, die kollektives Handeln fördern. SozialpartnerInnen u.a. sind gefordert, mit den Menschen in Dialog zu treten, nachzufragen, zuzuhören und Vertrauen zu bilden, anstatt routinisierte Angebote, orientiert an früheren Errungenschaften, zu liefern. Ein zentraler Fokus liegt dabei auf der Frage, wie wir miteinander etwas verändern können, und darauf, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Das Ziel dabei ist ein aktives Moment, eine lebendige Demokratie zu schaffen, in der die Menschen mitgestalten können, anstatt nur informiert und aufgeklärt zu werden.

Demokratie und Gerechtigkeit als Grundpfeiler des Sozialstaates

Ein weiterer wesentlicher Punkt in den Diskussionen ist das Öffnen des gesellschaftlichen Diskurses. Sozialstaatliche Leistungen sollen nicht als ein Geben und Nehmen, sondern als Rechte und Pflichten anerkannt werden. Vor allem muss wieder bewusstgemacht werden, dass es sich um Rechte von Menschen handelt. Der Fokus des Diskurses sollte auf Demokratie und Gerechtigkeit als Grundpfeiler des Sozialstaates gelegt werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Bedeutung einer Stärkung des Bedarfsprinzips hervorgehoben, das zunehmend vom Beitragsprinzip verdrängt wird, aber wieder mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden sollte. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Frage der Exklusivität des Beitragsprinzips gestellt werden: Was ist ein Beitrag, der sinnvollerweise als solcher bezeichnet werden kann? Wer kann was leisten und wer kann *wirklich nicht leisten*? Der Bedarf darf sich dabei nicht am „Überleben“ orientieren, sondern muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Rechte sollen, wie das auch bei Kindern der Fall ist, auf das Menschsein an sich („Gleichheitsprinzip“) zurückgeführt werden. Menschlichkeit muss also in den Vordergrund gestellt werden.

In diesem Zusammenhang sollte in Bezug auf Solidarität auch daran erinnert werden, dass Menschen auch ein Eigeninteresse an Solidarität haben. Denn wenn es anderen gut geht, geht es einem selbst auch besser. Diese Argumentation – Solidarität aus Eigeninteresse – muss in Ordnung sein und die zugrundeliegende Verbundenheit in Menschlichkeit stärker hervorgehoben werden. Dieser Grundgedanke sollte Teil einer Vision und einer positiven Zukunftsperspektive sein, die soziale Ungleichheit thematisiert, aber positive Antworten dazu liefert. Dafür muss auch die Klassenfrage neu gestellt werden, um ein neues Zugehörigkeitsgefühl zu ermöglichen. Die Zukunftsperspektive muss klare Werte definieren („Menschlichkeit“, „ein gutes Leben für alle“), ein Bekenntnis zu diesen Werten abgeben und am Gefühl der Menschen ansetzen.

Miteinander in Berührung kommen und die Bedeutung solidarischer Praxis

Das Zusammenbringen von Menschen wird als wesentliche Grundlage für Solidarität erachtet. Menschen sollen zusammengebracht werden, um ein Zugehörigkeitsgefühl und Verständnis füreinander zu entwickeln, auch über Klassengrenzen hinweg. Dabei ist es wichtig, möglichst unterschiedliche Menschen zusammenzubringen und Menschen in unterschiedlichen Positionen zu vernetzen. Dafür stellt der niederschwellige Zugang eine wesentliche Voraussetzung dar. Nur so kann die Teilnahme für alle ermöglicht werden. Positive Beispiele hierfür sind der Schweizer Frauenstreik, die *Fridays for Future* Bewegung und die Do-Demos. Dort werden Viele über eine gemeinsame Botschaft, die hervorgehoben und ins Zentrum gerückt wird, miteinander verbunden.

Die Bedeutung von Solidarität und die gelebte Solidarität müssen wieder stärker bewusstgemacht werden und sollten viel mehr mediale Präsenz erfahren. Wichtige Forderungen sind in diesem Zusammenhang auch Maßnahmen für soziale Durchlässigkeit, Förderung von Potentialen sowie u.a. der Ausbau und die Stärkung öffentlicher Dienstleistungen, u.a. im Bereich von Wohnen und Gesundheit.

Dieser Text entstand unter der Beteiligung von:

Jörg Flecker, Hannah Quinz, Andreas Schadauer und Saskja Schindler (Universität Wien)

Ulrike Papouschek, Cornelia Prentner und Annika Schönauer (FORBA)

Ursula Filipič, Ingrid Moritz, und Josef Wöss (AK Wien)

Philip Doyle und Gesine Schmidt-Schmiedbauer (Amnesty International)

Hilde Stockhammer (AMS)

Clara Moder (arbeit plus - Soziale Unternehmen Österreich)

Michaela Moser und Stefanie Stadlober (Armutskonferenz)

Alexandra Strickner (Attac)

Doris Gödl (Departement für Erziehungswissenschaften, Universität Fribourg)

Lena Jäger (Frauenvolksbegehren)

Christoph Sykora und Thomas Kreiml (GPA-djp)

Ursula Bittner (Greenpeace)

Katharina Liebenberger (imKonsent - die Soziokratieberatung)

Jakob Ernst, Marlies Bauer und Gabi Preissl (Klosterneuburg hilft)

Anja Christanell und Christina Bell (Neunerhaus)

Christine Esterbauer (ÖGB)

Susanne Haslinger (Pro-ge)

Margarete Kernegger (Runder Tisch Hochschulbildung Global)

Markus Koza (Ug-ögb)

Rafael Kirchttag (VinziWerke)

Elisabeth Klatzer (ZusammenHalt NÖ)